

„Eine Frau zu sein, stellt in El Salvador bereits einen Risikofaktor dar“

Gleichberechtigung ist in El Salvador für Frauen ein umkämpftes und weithin verletztes Recht. Das Land weist eine der höchsten Mordraten an Frauen auf, und auch die Selbstmordrate von Frauen ist hoch. Dahinter steht ein weit verbreitetes Klima der Gewalt gegen Frauen. Als die erste Gleichstellungsbeauftragte des Landes, Julia Evelyn Martínez, konkrete politische Schritte dagegen wagte, musste sie wieder gehen.

Von Daphne Ebner

Gerade einmal 18 Monaten war Julia Evelyn Martínez im Amt, als die Direktorin der ISDEMU, einer staatlichen Einrichtung zur Stärkung und Gleichstellung der Frauenrechte in El Salvador, „wegen mangelnden Vertrauens und auf Grund der Gesamtauswertung aller Aktivitäten diesen Jahres“ entlassen wurde. So zumindest lautet die offizielle Begründung vom 22. Dezember 2010.

Ihre Entlassung wirft die Frage auf, inwieweit die Regierung von Präsident Mauricio Funes und der linken FMLN-Partei bereit ist, eine Verbesserung der Situation der Frauen in El Salvador durchzusetzen. El Salvador weist weltweit die höchste Frauenmord-Rate auf und hat eines der schärfsten Gesetze zum Verbot von Abtreibungen. Allein von Januar bis Oktober 2010 erfasste die Polizei 477 Morde an Frauen.

Bereits 1996 wurde das staatliche Frauenentwicklungsinstitut ISDEMU (Instituto Salvadoreño para el Desarrollo de la Mujer) gegründet, damals noch unter der rechten Arena-Regierung. Nach dem Regierungswechsel 2009 durchlief das Institut zunächst einen radikalen Wandel, der große Hoffnungen in Bezug auf die salvadorianische Frauenpolitik und den Umgang der Regierung mit dem Problem der strukturellen Gewalt gegen Frauen weckte. So arbeiten heute beispielsweise, nach über einem Jahrzehnt der Spaltung zwischen der staatlichen Institution und den verschiedenen Frauen-Organisationen des Landes, insgesamt 39 verschiedene Frauen-NGOs eng mit dem ISDEMU zusammen, um die staatliche Frauenpolitik aktiv mitzubestimmen. Zudem ist das Frauen-Thema 2011 erstmals auch im Haushaltsplan der Regierung mitberücksichtigt.

Nur wenige Stimmen

Doch nicht alles deutet darauf hin, mehr Gleichberechtigung zu schaffen. Die Zahl der weiblichen Parlamentsabgeordneten ist seit der Wahl 2009 und im Vergleich zur rechten Vorgänger-Regierung Arena gesunken: Gerade einmal 19 Prozent der Abgeordneten sind Frauen, auf kommunaler Ebene sogar nur elf Prozent. „Wir wollen feste Frauenquoten für die Listen der KandidatInnen der einzelnen Parteien. Und wir wollen, dass die Frauen auf Listenplätzen stehen, auf denen sie auch eine Chance haben, gewählt zu werden“, so die Ex-Direktorin des ISDEMU Julia Evelyn Martínez, die sich zusammen mit einigen Parlamentarierinnen und Frauenorganisationen für eine verfassungsgesetzliche Quotenregelung einsetzt.

Eine der ersten Aktivitäten des ISDEMU nach Martínez Amtsantritt war die Veröffentlichung einer breit angelegten Studie zum Problem der Diskriminierung und Gewalt an Frauen in El Salvador - der ersten Studie zu diesem Thema von staatlicher Seite überhaupt. Der Bericht zeigte alarmierende Statistiken: So hat El Salvador weltweit die höchste Frauenmordrate. Die Morde und die Gewalt gegen Frauen ereignen sich, den Untersuchungen des ISDEMU zu Folge, meist innerhalb des familiären Umfelds. Damit lässt sich das Problem des Femizids nicht länger auf die allgemein angespannte Sicherheitslage oder die Kriminalität von Jugendbanden abschieben, was in den salvadorianischen Medien häufig so dargestellt wird. Die Frauenmord-

rate steigt zudem jährlich weiter an, und in fast 80 Prozent der Fälle werden die Ermittlungen nicht abgeschlossen und die Täter bleiben unbestraft. 40 Prozent der Selbstmorde von Frauen während der Schwangerschaft geschehen in Folge von innerfamiliären Vergewaltigungen. Bei zwei Drittel aller Vergewaltigungen wurde das Opfer durch einen Familienangehörigen vergewaltigt, und in zwei Drittel der Fälle ist das Opfer unter 19 Jahren alt. „Allein die Tatsache, eine Frau zu sein, stellt in El Salvador bereits einen Risikofaktor dar“, so das Fazit der Präsidentin des ISDEMU und First Lady Vanda Pignato in einer öffentlichen Ansprache zum „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November 2010.

Nicht allen Interessensgruppen im Land ist daran gelegen ist, die Situation der Frauen zu ändern. Das zeigte die öffentliche Debatte um das Verbot der *Cachiporristas* anlässlich der Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag am 15. September 2010. In Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium regte das ISDEMU eine Initiative an, die sogenannten *Cachiporristas* auf Volksfesten und Nationalfeiertagen zu verbieten. Die Tradition der *Cachiporristas* wurde in den 1950er Jahren als Variante der ursprünglich US-amerikanischen Tradition der *Cheergirls* in El Salvador eingeführt. Die *Cachiporristas*, Schülerinnen zwischen 14 und 16 Jahren, die eigens von einer Jury in einer Art schulischem Schönheitswettbewerb ausgewählt werden, tanzen seitdem bei öffentlichen Umzügen, in kurzen Röcken und hohen Stiefeln, begleitet von dem (männlichen) Schulorchester sowie einem Aufgebot an Polizisten, da die jungen Frauen während des Umzugs häufig sexuell belästigt und fotografiert werden.

„Bei dem Verbot geht es weder um die Länge des Rocks noch um Fragen der Moral. Es geht darum, kulturelle Praktiken und Traditionen kritisch zu untersuchen und gegebenenfalls zu ändern, die zu Machismus und dem stereotypen Rollenbild der Frau in unserer Gesellschaft als dekorative Zierde und Sexualobjekt führen. Es handelt sich nicht um eine Einschränkung karnevalesker Feierlichkeiten oder beispielsweise Gay-Pride-Paraden, bei denen nach wie vor das Recht auf freie Meinungsäußerung besteht. Im Fall der *Cachiporristas* handelt es sich um sexistische Praktiken gegen Minderjährige innerhalb öffentlicher, staatlicher Einrichtungen. Und dagegen gehen wir vor“, so Martínez in einem Interview mit der Zeitung *El Faro*.

In zwei Drittel der Fälle ist das Opfer unter 19 Jahre

Im Zuge der darauf folgenden, extrem polemisch geführten Debatte in der Öffentlichkeit, die sich in erster Linie gegen die Person Martínez richtete und die auch die Mehrheit der Bevölkerung gegen sie aufbrachte, vertagte Präsident Funes im August 2010 die endgültige Entscheidung über das Verbot der *Cachiporristas* auf 2011. Die Umzüge fanden wie gewohnt statt.

Restriktive Abtreibungspraxis

Eine Woche später entzog er Martínez nachträglich öffentlich die Befugnis, mit der sie am 16. Juli 2010 in ihrer Funktion als Direktorin des ISDEMU den „Konsens von Brasilia“ unterzeichnet hatte. Von den 33 Ländern, die an diesem 11. Treffen der UN-Regionalkommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) teilgenommen hatten, hatten sich, bis auf die rechtsregierten Länder Costa Rica und Chile, alle LandesvertreterInnen bereit erklärt, sich für eine Revision der Abtreibungsgesetze in ihrem Land einzusetzen. Aufklärung, Sexualkundeunterricht in den Schulen, Zugang zu Verhütungsmitteln und besonders die Straffreiheit für das Klinikpersonal und die Patientinnen nach therapeutischen Abtreibungen standen dabei im Zentrum dieser Absichtserklärung von Brasilia.

Die Unterzeichnung des „Konsens von Brasilia“ durch Martínez war konform mit ihrer Funktion als Direktorin des ISDEMU und keine Übertretung ihrer Kompetenzen. Denn schließlich stellt der „Konsens von Brasilia“ keine rechtsverbindliche Übereinkunft dar, und das ISDEMU ist als Einrichtung per Verfassung unabhängig von der Regierung. Es kann Empfehlungen aussprechen

oder, wie im Fall der *Cachiporristas*, mit einzelnen Ministerien zusammenarbeiten. Einer Unterzeichnung nicht rechtsverbindlicher Übereinkunft steht kein Verbot im Wege.

Funes erklärte allerdings in einer Pressekonferenz Ende August 2010, Martínez sei „in keinsten Weise von Seiten der Regierung dazu befugt gewesen, eine Resolution mit Zielsetzungen dieser Art zu unterzeichnen“, und dass sie stattdessen, „wie Costa Rica und Chile sich dem hätte verweigern müssen“. Die Regierung von El Salvador habe unverändert Vorbehalte, was das Thema Abtreibung angehe, fügte er hinzu.

Dem folgte am 12. Oktober 2010 die Empfehlung des UN-Menschenrechtsrates an die salvadorianische Regierung, die strikten Abtreibungsgesetze dringend neu zu diskutieren. Im Bezug auf das Problem der Gewalt an Frauen kommt der UN-Bericht zu folgendem Schluss: „Die Tatsache, dass die Zahl der Anzeigen auf Grund von häuslicher Gewalt in El Salvador nach wie vor extrem hoch ist, obwohl bereits Bemühungen unternommen wurden, die Situation zu verbessern, zeigt das Besorgnis erregende Fortbestehen von patriarchalen und stereotypisierenden Gender-Vorstellungen, nicht nur innerhalb der Familie, sondern generell innerhalb der Gesellschaft.“ Martínez stellte daraufhin in Ihrer Funktion als Direktorin des ISDEMU eine offizielle Anfrage, wie mit der UN-Empfehlung von Seiten der Regierung umgegangen werden soll.

Laut einer Umfrage des ISDEMU vom November 2009 sprechen sich 93 Prozent der Bevölkerung El Salvadors gegen das Recht auf Abtreibung aus. 90 Prozent würden allerdings die so genannte therapeutische Abtreibung befürworten: also eine medizinisch durchgeführte Abtreibung, wenn nachweislich das Leben der Mutter oder des Kindes bei der Geburt in Gefahr ist oder die Schwangerschaft als Folge einer Vergewaltigung zustande gekommen ist.

Ein Jahr hat die aktuelle Regierung insgesamt Zeit, auf die Empfehlung des UN-Menschenrechtsrates vom Oktober 2010 zu reagieren. Mit der aktuellen Haltung der Funes-Regierung zum Thema Abtreibung besteht allerdings auch weiterhin keine Aussicht darauf, dass El Salvador seine Abtreibungsgesetze modifiziert. Im Moment wird jede Art von Abtrei-

Auch dem Klinikpersonal drohen Gefängnisstrafen

bung mit acht bis 30 Jahren Gefängnis bestraft. Und auch dem Klinikpersonal drohen Gefängnisstrafen, wenn es eine Patientin, die Anzeichen auf eine mögliche Abtreibung zeigt, nicht bei der Polizei denunziert.

Statistiken der „Regionalen Kampagne für eine freie und gewollte Mutterschaft“ (Campaña Regional por una Maternidad Libre y Voluntaria) zu Folge, die in Mexiko, Nicaragua, Honduras, Guatemala und El Salvador arbeitet, ist die Sterblichkeit von Frauen nach unprofessionell ausgeführten Abtreibungen in El Salvador die höchste in der ganzen Region. Die Bürgerinitiative für die Straffreiheit des therapeutischen, ethischen und eugenischen Schwangerschaftsabbruchs (Agrupación Ciudadana por la Despenalización del Aborto Terapéutico, Ético y Eugénico) forderte daher kürzlich US-Präsident Barack Obama im Rahmen seiner Lateinamerikareise dazu auf, die Entkriminalisierung der Abtreibung bei seinem Besuch am 22. März in El Salvador mit auf die Agenda der politischen Themen zu setzen. Bisher scheitert allerdings eine öffentliche Auseinandersetzung über eine Modifizierung der strikten Abtreibungsgesetze an dem Widerstand des Opus Dei, der evangelikalen und katholischen Kirchen, den rechten Medien wie Diario de Hoy und Prensa Gráfica und den rechten Parteien PDC und Arena.

El Salvador verliert mit Julia Evelyn Martínez, die eine Professur an der angesehenen Universität UCA innehat und als „Ökonomin des Jahres 2010“ ausgezeichnet wurde, eine wichtige Persönlichkeit und kritische Stimme in der staatlichen Auseinandersetzung mit dem Problem der Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen. Die Regierung Funes hat mit der Entlassung Martínez ein deutliches Zeichen gesetzt, dass sie sich, zumindest in näherer Zukunft und in Bezug auf die Frauenpolitik, nicht gegen die rechtskonservativen und katholischen Kräfte im Land

durchsetzen wird. Unpopuläre Themen wie Abtreibung oder der Bruch mit sexistischen, „traditionellen“ Praktiken bleiben daher in El Salvador, wo die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung streng katholisch ist, auch in Zukunft heikle Themen, deren Durchsetzung bislang vor allem am Widerstand der Mehrheitsbevölkerung und der salvadorianischen Medien scheitert.

Daphne Ebner studiert seit 2006 in München Dramaturgie, Spanisch und Ethnologie. In diesem Zeitraum verbrachte sie mehrfach längere Aufenthalte in El Salvador und Südamerika.